



Kinderbetreuung

- ◆ Kompromiss zwischen Betreuung und Förderung
- ◆ Elternfragen

Das neue Elterngeld

- ◆ Landeserziehungsgeld
- ◆ Bildungsgutscheine

Aktuelles

- ◆ Bericht vom LVT 07
- ◆ Alkohol und Jugendliche
- ◆ Rumoren an der Bildungsfront

Editorial

*Liebe Leserin, liebe Leser,
liebe Verbandsfamilien,*

„Traum oder Trauma“ lautete im April unser Thema beim Landesverbandstag im Bürgersaal in Radolfzell, wo die Delegierten unseren neuen DFV-Bundesgeschäftsführer kennenlernen konnten. Im Rahmen der ARD-Themenwoche zogen wir kritisch Bilanz zum gesellschaftlichen und politischen Alltag von „Familie mit Kindern“ im Lande.



Nach der Einführung des Bundes-Elterngeldes zum Jahresanfang ist danach bundesweit ein heftiger und ideologisch geführter Schlagabtausch um die Einrichtung von Krippenplätzen und der prognostizierten Bedarfszahl zwischen den Parteien ausgebrochen - es entbrannte Streit um die Finanzierung und Zuständigkeit von Bund und Ländern bis in die jüngsten Tage.

Seit Monaten rumort es an der „Bildungsfront“ des Landes. Nach dem Sprachenstreit am Oberrhein („französisch ist Pflicht!“) entfachte sich kurz vor den Pfingstferien die lang glimmende pädagogische Lunte über die bildungspolitische Ausrichtung oder Notwendigkeit der Hauptschule im dreigliedrigen Schulwesen Baden-Württembergs.

Beide Themen greifen tief in die elterliche Erziehungsarbeit ein und eigentlich wäre dazu eine grundsätzliche und einvernehmliche Sachdiskussion notwendig, um den sich ändernden Realitäten in den Familien und in der Gesellschaft politisch Rechnung zu tragen.

Aufmerksam verfolgt der DFV die Entwicklungen, die zur Gestaltung von „Familienbildung“ im Lande auf dem Wege sind.

Nach langem Zögern finden sich langsam auch die öffentlichen Unterstützer gegen die aggressive Werbung für Alkohol und der massiv negativen Folgen von übermäßigen und ungezügelterm Genuss bei Disco-Veranstaltungen („Flatrate-Saufen“) – hier sind entschlossenes Handeln und die Durchsetzung bereits bestehender gesetzlicher Regelung gefordert.

Der Landesvorstand bleibt auch weiterhin (auch ohne WM und Meisterschaft) am Ball – ganz nach unserem Verbandsmotto:

.. der Familie verpflichtet... D F V !



Uto R. Bonde
Vorstandsvorsitzender Baden-Württemberg

Personelles

Familie Bruttel mit der Dr. Siekmann Medaille geehrt

Mit einer Laudatio über ein vorbildliches Engagement für Familien in ihrer Heimatgemeinde Radolfzell und im Deutschen Familienverband ehrte der Landesvorsitzende, Uto R. Bonde, die Familie Karin und Herbert Bruttel.

Die Familie war im Dezember 1979 in den DFV eingetreten und bereits vier Monate später wurde der Familienvater zum zweiten Vorsitzenden im Ortsverband Radolfzell gewählt – ein Jahr später übernahm er die Leitung und das Amt des Ersten Ortsvorsitzenden, das er bis heute wahrnimmt. Mit vielen Aktionen hat sich der DFV als Fürsprecher der Radolfzeller Familien gemacht – was Herbert Bruttel auch in seiner Funktion als Gemeinderat tatkräftig mitfördern half.

Seit über 16 Jahren arbeitet er auch als Stellvertreter (ab 2004 als kommissarischer) Vorsitzender im Kreisverband Konstanz mit. Für diesen langjährigen und erfolgreichen Einsatz hat der Landesverband das Ehepaar Karin und Herbert Bruttel mit der Dr. Wilhelm Siekmann-Medaille in Gold ausgezeichnet, was die Delegierten mit einem großen Beifall quittierten.



Ehrung der Fam. Bruttel durch den Landesvorsitzenden Uto R. Bonde

Dass der Geehrte auch einen guten Draht zur Gemeindeverwaltung und zum Oberbürgermeister hat, erlebte man während des Landesverbandstages, wo das Stadtoberhaupt persönlich einmal den Landesvorstand in seiner Sitzung mit einem Sektempfang beehrte und tags darauf auch ein Grußwort zu den Delegierten sprach. Mit Unterstützung des Rathauses war der Verbandstag ein schönes Erlebnis am Bodensee für alle Besucher – wozu die Bruttels und der Ortsverband Einiges in Bewegung gesetzt hatten.

Jugendschutz in den Medien – Hotline

Neben der fachlichen Erörterung der Risiken und Wirkungen der Jugendschutzkriterien ist es für eine funktionierende Selbstkontrolle wichtig, die Meinung der Bevölkerung in die Arbeit mit einzubeziehen. Zu diesem Zweck wurde eine Jugendschutz-Hotline eingerichtet, die telefonisch (030 - 23 08 36 22) zu erreichen ist.

Großer Informationsbedarf besteht immer wieder zu unterschiedlichen Altersfreigaben für Filme im Kino bzw. auf DVD/Video und Sendezeitfreigaben im Fernsehen. Es kommt zu Beschwerden, wenn Filme mit einer FSK-Freigabe ab 16 Jahren schon im Hauptabendprogramm (ab 20.00 Uhr) und nicht – wie im Jugendmedienschutzstaatsvertrag (§ 5 Abs. 4) (Internet => http://www.fsf.de/fsf2/navirechts/glossar/glossar_h_m.htm) festgelegt – ab 22.00 Uhr programmiert sind.

Über eine Anfrage kann dann mit einem Blick in die Datenbank geklärt werden, ob eine Ausnahmegenehmigung für die Ausstrahlung einer geschnittenen Fassung vorliegt.

Dass manche Beiträge durch Schnittbearbeitungen für eine bestimmte Uhrzeit sendefähig gemacht werden, bietet auch wieder Anlass für Kritik. Ist ein Film in der Originalfassung bekannt, stößt es nicht immer auf Verständnis, wenn aus Jugendschutzgründen eine oder mehrere Szenen fehlen.

Haben Sie Fragen zum Thema Jugendschutz in den Medien?

Haben Sie etwas im Fernsehprogramm gesehen, das Sie für jugendgefährdend oder entwicklungsbeeinträchtigend halten?

**Rufen Sie unsere Jugendschutz-Hotline an:
030 - 23 08 36 22!**



Landesverbandstag 2007 in Radolfzell

Landesverbandstag kritisiert die Familienpolitik von Bund und Land

Der Verbandstag kritisierte das neue Elterngeld als tendenziell „unsozial, ungerecht und kinderfeindlich“, so ein Beschlussantrag. Finanziert werde es ausschließlich durch die Streichungen anderer Familienleistungen und es „begünstigt die gut Verdienenden gegenüber denjenigen mit geringem Einkommen“, erklärte der DFV-Landesvorsitzende Uto R. Bonde am 21. April in Radolfzell am Bodensee.

Darüber hinaus werde es ohnehin nur 12 bis 14 Monate lang gezahlt, zwingt die Mütter deshalb nach einem Jahr wieder in die Berufstätigkeit und trage so keineswegs zu mehr Kinderfreundlichkeit in Deutschland bei.

Die Delegierten kritisierten die Landesregierung wegen der neu eingeführten Studiengebühren, die eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Eltern von studierenden Kindern bedeuten. Beim Landeserziehungsgeld entsteht der Verdacht, dass wieder einmal den sozial Schwachen etwas aus der einen Tasche genommen, um es vielleicht als angebliche Wohltat in eine andere Familientasche zu stecken, sagte Uto R. Bonde. Von der verfassungsrechtlich gebotenen Wahlfreiheit der Eltern bei der Frage, wie lange sie ihre Kinder selbst betreuen wollen, könne immer weniger die Rede sein.

Klar war die Forderung, dass die Landesregierung mehr Geld in die Hand nehmen müsse, um ein familiengerechtes „Kinderland Baden-Württemberg“ aufzubauen.



Die vielbeschworene Stiftung „Kinderland Baden-Württemberg“ verfolge keine wirkliche Verbesserung der Lage der Familien, sondern erprobe nur einzelne Vorzeigeprojekte.

„Wir brauchen aber keine familienpolitischen Strohflecken oder Eintagsfliegen, sondern eine verlässliche Politik für Familien im Lande“. Isolierte Einzelprojekte verdecken oft den Blick für die wirkliche Situation der Familien. Erfahrungsgemäß werden am Ende nur leistungsstarke Kommunen zusätzlich etwas für die Familien anbieten können. Wenn die finanziellen Bedingungen für Familien nicht insgesamt verbessert werden, „wird es das Glück, das Familien mit ihren Kindern haben, immer weniger geben“, so der Landesvorsitzende Bonde.



Bundesgeschäftsführer Siegfried Stresing

Im öffentlichen Fachforum kritisierte der neue Bundesgeschäftsführer vor über 60 Zuhörern im Bürgersaal des Rathauses in Radolfzell das dauernde Gerede führender Politiker von angeblich 184 Milliarden Euro „Familienförderung“ im Jahr.

Mitgerechnet werden dabei Investitionen in Schulen und Hochschulen, die als Zukunftssicherung unserer Gesellschaft auch allen Kinderlosen zugute kommen. Auch Gelder, die der Staat den Familien zunächst vorenthält, aus verfassungsrechtlichen Gründen aber, etwa zur Sicherung des Existenzminimums der Kinder diese wieder zurückgeben müsse – wie etwa zwei Drittel des Kindergeldes, stellen keine Familienförderung dar, sondern lediglich Rückgabe dieses „Diebesgutes“ an die Familien.

„Familien sind keine Bittsteller, sondern die Leistungsträger der Nation. Die meisten jungen Erwachsenen hätten gerne Kinder, dieser Wunsch scheitert nicht zuletzt häufig an der anhaltend schwierigen finanziellen Lage junger Familien“ äußerte Siegfried Stresing in seinem ersten Auftritt als neuer Bundesgeschäftsführer und unterstützte damit die Forderungen aus Baden-Württemberg, die der Vorsitzende Bonde vorgetragen hatte.

Impressionen vom LV7 2007

in Radolfzell



Schwerpunktthema: Kinderbetreuung

Kompromiss zwischen Betreuung und „Förderung“

Die gute Nachricht vorab: Deutschland nimmt endlich den Ausbau der Krippenplätze in Angriff und jedes dritte Kind soll bis 2013 Platz in einer Betreuungseinrichtung finden. Doch Kompromisse haben ein Problem. Sie beinhalten Zugeständnisse der einen an die andere Seite.

So hat sich die große Koalition auf einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab 2013 geeinigt und im gleichen Atemzug wurde auch der



Erziehungsbonus vereinbart. Diese Zulage sollen diejenigen Eltern bekommen, die ihre Kinder nach dem ersten Lebensjahr selbst betreuen. Dieser Kompromiss innerhalb der Koalition zielt auf das Wählerklientel, dem die Alleinverdiener-Ehe noch als Vorbild dient. Die Zahlen zeigen, dass in mehr als der Hälfte aller Familien beide Elternteile arbeiten wollen oder müssen und dass Bedarf besteht für die Betreuung von Kindern.

Die Finanzierung des Krippenausbau steht noch auf wackligen Beinen. Jetzt soll ein Stiftungsmodell des Bundes mithelfen den laufenden Betrieb der Krippen zu finanzieren, was aber Ländersache ist.

Doch es geht nicht nur um den Bau von Einrichtungen, denn in vielen Orten sind die baulichen Voraussetzungen vorhanden. Es mangelt auch am Qualitätsmanagement für die Kinder – für die geplanten 750 000 Krippenplätze sind allein 50 000 Erziehungskräfte nötig. Und oft ist die Qualität der Betreuung die Krux an der Sache, denn auch hier sind bereits private Anbieter mit gering ausgebildetem Personal „auf dem Markt“. Wer möchte sein Kind schon in einer Krippe verwahrt sehen, ohne kreative, erzieherisch wertvolle Angebote? Und wer kann dies vor der Aufnahme bereits prüfen?

Wenn Kinder täglich mit Gleichaltrigen spielen und ihrem Alter entsprechend angeleitet werden, entwickeln sie auch wichtige soziale Kompe-

tenzen. Bei Müttern, die ihre Kinder selbst versorgen, fehlt oft das Vertrauen in diese Einrichtungen.

Man wird die Plätze schaffen, doch das Geld, das in den Erziehungsbonus investiert wird, fehlt den Krippen bei der Schulung ihres Personals.

Endlich werden auch Kleingruppen, Tagesmütter und betriebliche Betreuungsformen in die Förderung mit einbezogen. Auch hier steht Deutschland ganz am Anfang. Es gibt zwar Einrichtungen, die Tagesmütter vermitteln, doch ist deren Ausbildung sehr unterschiedlich.

Der konsequente Ausbau der Krippenplätze ist eine Chance auch Unternehmen zu zeigen, wie wichtig und wirtschaftlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Dass sich dieser Einsatz für Unternehmen auch lohnt, hatte bereits die frühere Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (DFV-Präsidentin 2002) mit der Prognos-Studie (Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen) September 2003.



Seminare für werdende aber auch für gestandene Eltern. **Geburtsvorbereitung, PEKiP-Gruppen, Spielgruppen, musikalische Förderung, Erziehungsworkshops, etc.** – alles was Eltern wissen und können müssen.

Fordern Sie unser kostenloses Programm an!

Eltern werden – Eltern sein e.V.

Rennerstr. 4, 79106 Freiburg

Tel.: 0761 - 28 99 55

www.elternwerden-elternsein.de

Eltern stellen Fragen zur Kinderbetreuung

Worauf hat sich die Koalition konkret geeinigt?

Bis 2013 sollen 35 Prozent aller ein- bis dreijährigen Kinder in Deutschland einen Krippenplatz haben. In die Betreuungsquote können auch Tagesmütter eingerechnet werden. Ab 2013 soll es dann auch einen Rechtsanspruch auf einen Platz für jedes Kind geben, allerdings zunächst nur auf einen Halbtagsplatz.

Geht es nur um den Ausbau der Krippenplätze?

Nein. In dem Beschluss spricht man ausdrücklich von "Kinderbetreuung", das heißt von reinen Krippenplätzen, aber auch von neuen Tagesmütter-Netzwerken oder betrieblicher Kinderbetreuung.

Warum wird ein Betreuungsgeld eingeführt?

Wer nach einem Jahr Elterngeld sein Kind weiter zu Hause betreuen möchte, erhalte "eine Art Betreuungsgeld", sagt Bundesfamilienministerin von der Leyen. Wie viel das sein wird, ist allerdings noch nicht klar. Das Betreuungsgeld gilt als Zugeständnis an die CSU, die es vor allem gefordert hatte. Die CSU plädierte für 150 Euro monatlich.

Eltern ihre Kinder betreuen lassen wollten. Dann aber reichten die 750000 Plätze eventuell nicht aus. Es sei eine generelle Erfahrung, dass Rechtsansprüche auch zusätzliche Nachfrage auslösten".



Wann werden Eltern die ersten Verbesserungen spüren?

Schon ab 2008 soll es Verbesserungen in der Kinderbetreuung und auch mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren geben. Ziel der Bundesfamilienministerin ist es, dass Eltern sich den

www.dfv-baden-wuerttemberg.de

Wie soll der Krippenausbau finanziert werden?

Hier herrscht noch weitgehend Unklarheit. Zwölf Milliarden Euro soll der Ausbau der Kinderbetreuung bis 2013 kosten. Vier Milliarden will der Bund übernehmen, den Rest tragen Länder und Kommunen. Dabei wird sich der Bund, nicht wie ursprünglich geplant, nur an den Baukosten beteiligen, sondern auch an den Betriebskosten. Um dies zu finanzieren, ist die Gründung einer Stiftung im Gespräch. Woher der Bund das Geld nimmt, bleibt weiter unklar. Unstrittig ist wohl, dass ein Teil aus Einsparungen beim Kindergeld finanziert werden soll, die durch den Geburtenrückgang zustande kommen.

Welche Reaktionen gab es auf die Einigung?

SPD-Chef Kurt Beck sprach von einem "Durchbruch", Ursula von der Leyen (CDU) von einem "Riesenerfolg". Die Kommunen haben den Kompromiss der großen Koalition begrüßt, forderten aber, der Bund müsse sich auch über das Jahr 2013 hinaus an der Finanzierung der Krippen beteiligen. Kritik äußerte der Deutschen Städte- und Gemeindebund am Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. „Dies schaffe nicht nur Bürokratie, sondern es bestehe die Gefahr, dass mehr

Rechtsanspruch vor Gericht nicht erstreiten müssen, weil es bis dahin genug Betreuungsplätze gibt. "Ab 2008 werden Eltern handfest spüren, dass sich die Situation verbessert", sagte von der Leyen.

Ist noch mit weiterem Streit zu rechnen?

Ja. Bei der Einigung waren die Vertreter mancher Länder und der Kommunen nicht dabei. Sie müssen aber zwei Drittel der Kosten aufbringen.

Wie steht Deutschland nach dem Ausbau in Europa da?

"Damit liegen wir in Europa im Durchschnitt und haben für jedes dritte Kind einen Platz bei einer Tagesmutter oder in einer Krippe", sagte die Bundesfamilienministerin. Derzeit liegt die Quote bei nur acht Prozent.

Krippenerziehung: weder Verteufelung noch Idealisierung

Angesichts aufgeregter Debatten um Nutzen und Risiken von Krippenerziehung ist eine nüchterne, wissenschaftlich fundierte und am Wohl des Kindes orientierte Bewertung angesagt. Bei dem beabsichtigten Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren in Krippen und in der Tagespflege ist es notwendig, diesen Ausbau mit einem entschiedenen Programm zur Steigerung der Qualität zu flankieren.

Die wichtigsten Erkenntnisse der internationalen Krippenforschung:

Eltern-Kind-Bindung: Eltern müssen nicht befürchten, dass durch ausreichend gute Tagesbetreuung die Eltern-Kind-Bindung Schaden erleidet. Wichtig sind vor allem sanfte Übergänge und eine gut funktionierende Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Krippe bzw. Tagespflegeperson.



Förderung: Die Förderung eines Kindes hängt sowohl in der Familie als auch in der Krippe oder der Tagespflege stark von der Qualität ab. Durchschnittlich gute Eltern unterscheiden sich in punkto Förderung nicht von einer durchschnittlich guten Krippe oder Tagespflegestelle. Kinder, die von ihren Eltern nicht ausreichend gefördert werden, profitieren von einer guten Tagesbetreuung.

Sozialverhalten: In bestimmten Altersbereichen zeigen Kinder, die ehemals in einer Krippe betreut wurden, mehr konfliktreiche Beziehungen; in anderen Alterbereichen dafür nicht. Vermehrtes kindliches Problemverhalten ist im Normbereich angesiedelt und erreicht kein klinisches Niveau. Die frühe Betreuung in ausreichend guten Einrichtungen führt bei den Kindern nicht zu Störungen der sozial-emotionalen Entwicklung.

Fazit: Pauschale Wertungen helfen nicht weiter. Aus wissenschaftlicher Perspektive verunsichert eine ausreichend gute frühe Tagesbetreuung die Mutter- bzw. Vater-Kind-Bindung keineswegs negativ. Eine qualitativ gute Krippe oder Tagespflege kann vielen Kindern eine dringend notwendige familienergänzende Förderung bieten. Eltern sollen und können selbst entscheiden, ob sie ihr Kind in die Krippe oder zu einer Tagespflegeperson geben oder ob sie es in den ersten Jahren zu Hause betreuen. Dafür müssen aber auch entsprechende Betreuungsangebote in ausreichender Anzahl vorhanden sein, was bisher bei weitem nicht der Fall ist.

Flankierend zur Erhöhung der Plätze muss die Politik ein Programm zur Steigerung der Qualität in Krippen und Tagespflegestellen beschließen. Notwendig sind u.a. auf die alters- und entwicklungsbedingten Bedürfnisse des Kindes abgestimmte Gruppengrößen und Erzieher(innen)-Kind-Schlüssel, eine bessere Aus- und Fortbildung, die angemessene Bezahlung des Personals sowie ein verpflichtendes Qualitätsmanagement.

Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Liga für das Kind vom 4.5.2007

Elternzeit, Väterzeit, Steuertipps

Immmer mehr Unternehmen erkennen, dass eine erfolgreiche Personalpolitik auch die familiären und privaten Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigen muss.

Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg und weitere Partner laden am 27. Juni zu der Veranstaltung „Elternzeit, Väterzeit, Steuertipps“ - Wege zum familienfreundlichen Betrieb ein.

Sie findet am 27. Juni 2007 von 15:45 bis 18:45 Uhr im Saal „Württemberg“ (Raum 35) der IHK Bodensee-Oberschwaben (Lindenstraße 2, 88250 Weingarten) statt.

In den geplanten Vorträgen werden Entscheidungsträger in Unternehmen darüber informiert, wie sich wirtschaftliche Ziele und Mitarbeiterinteressen vereinbaren lassen. Weitere Informationen und kostenlose Anmeldung bei Gerda Gunnesch (gunnesch@weingarten.ihk.de).

Interview mit Rita Süßmuth

Auszug eines Interview mit Rita Süßmuth auf Spiegel-Online

Rita Süßmuth: *"Um ein Kind zu erziehen, braucht es die Unterstützung eines ganzen Dorfes." Kinder und Eltern brauchen heute mehr Außenunterstützung, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden.*

SPIEGEL ONLINE: Warum?

Rita Süßmuth: *Die Welt hat sich grundlegend verändert. Viele Eltern sind heute so tief in ihre eigenen Konflikte verstrickt - ob es die Beziehungen sind, Arbeitslosigkeit oder finanzielle Probleme - dass das Kind oft den Eindruck bekommen muss: Ich bin zuviel.*

SPIEGEL ONLINE: Hat es sie erschreckt, dass viele CDU-Politiker so scharf auf Ursula von der Leyens Vorstoß zum Ausbau der Krippenplätze reagiert haben?

Süßmuth: *Ja, es hat mich erschreckt, aber es ist heute eher eine Minderheit, nicht mehr die Mehrheit. Unsere Nachbarländer haben viel früher begriffen, dass ein Kind nicht in eine Katastrophe*

schlittert, wenn seine Eltern berufstätig sind. Sondern, dass es darauf ankommt, ob sich die Gesellschaft darum kümmert, welche Rahmenbedingungen geschaffen werden und dass Erwachsene verlässliche Bindungen zu Kindern eingehen. Heute sind doppelt so viele Frauen berufstätig wie vor 30 Jahren - und das Denken in der deutschen Gesellschaft hat sich geändert.

SPIEGEL ONLINE: Aber nicht in der Union.

Süßmuth: *Auch dort, aber ich habe geglaubt, dass die Union insgesamt weiter ist. Begriffe wie "Gebärmaschinen" von Bischof Mixa - aber auch das Wiederaufleben von "Rabenmüttern" - das sind abstoßende Begriffe. Viele Mütter und Väter sind heute hin und her gerissen zwischen dem Wunsch beim Kind zu sein und dem, arbeiten zu wollen oder zu müssen. Abgestoßen hat mich auch, dass immer noch von der "Naturrolle" der Frau die Rede ist - als gäbe es eine biologische Festlegung. Die Lebens- und Familienlagen sind sehr unterschiedlich. Und das bedeutet: Wir sollten aufhören, erwerbstätige und nichterwerbstätige Mütter oder Väter gegeneinander auszuspielen.*

Sicherheit für die Familie

Familien gelten als Zufluchtsort. Und das ist gut, denn wo sonst könnte man sich angesichts der immer komplizierter werdenden Welt einmal so richtig „gehen lassen“? Doch auch die Familie kann – bei allem Willen zur Hilfe – heute nicht mehr allein Probleme in Eigenarbeit lösen. Sie braucht Hilfe von Spezialisten. Zum Beispiel im Bereich der ganz persönlichen Lebensplanung: Wir alle wissen, dass heute ein durchgängiges Erwerbsleben nicht mehr ausreicht, um einen finanziell sicheren Lebensabend zu gewährleisten. Und wer möchte schon im Alter zurückschrauben oder den Kindern zur Last fallen? Zumal heute, angesichts der steigenden Lebenserwartung, der „Ruhestand“ nicht selten zum aktiven „Unruhestand“ mutiert.

Die R+V PrivatRente – im Angebot bspw. der Volksbank Freiburg gewährleistet eine lebenslang garantierte Rente, ein sicheres Einkommen und eine Überschussrendite, die sich nach den erwirtschafteten Überschüssen richtet. Oder einfacher: Wer einen Einmalbetrag investiert, kommt sofort in den Genuss einer regelmäßigen lebenslangen Rente. Wie das funktioniert, was zu beachten ist, das erläutert die Volksbank Freiburg gerne in einem Beratungsgespräch.

Die Volksbank rät

„Unverhofft kommt oft“, sagt ein bekanntes Sprichwort. Und leider ist das Unverhoffte oft nicht eben angenehm. Klar, in einer Familie lässt sich vieles gemeinsam durchstehen, aber manchmal braucht es Hilfe – die eines Anwaltes zum Beispiel. Oder eben auch die eines (Finanz-)starken Partners – zum Beispiel wenn ein Sturm dem Haus zugesetzt hat, wenn eingebrochen wurde oder wenn man aus Versehen den teuren Teppichboden eines Bekannten verkleckerte. Dagegen gibt es Versicherungen. Doch meistens, so weiß der Volksmund, hat man nicht die, die man gerade bräuchte. Hier hilft die R+V-PrivatPolice der Volksbank Freiburg, die u. a. eine Hausratversicherung, Wohngebäudeversicherung, Haftpflichtversicherung und Rechtsschutzversicherung einschließt. Hinzu kommen noch das Anwaltstelefon, wo man juristische Auskunft einholen kann und ein Anwaltssuchservice, der den richtigen Rechtsbeistand in Ihrer Nähe suchen hilft.

Tipp also generell: Ein Beratungsgespräch mit den Spezialisten der Volksbank Freiburg hilft immer, Sicherheit zu gewinnen. Und das ist ja mit Aufgabe einer Familie.

Freiburg, 14.Mai 2007

Das Landeserziehungsgeld bleibt erhalten

Stuttgarter Zeitung vom 28. März 2007

STUTTGART. Das umstrittene Landeserziehungsgeld wird neu geregelt. CDU und FDP haben in ihren Fraktionssitzungen einem Dreisäulenmodell zugestimmt. Sie wollen mehr Geld für Kinderbetreuung ausgeben. Den Grünen geht die Regelung nicht weit genug.

Bis zu acht Millionen Euro im Jahr wollen die Regierungsfractionen von 2009 an in den Ausbau der Kleinkindbetreuung umschichten. Von 2008 an sollen bis 2014 insgesamt 25,5 Millionen Euro investiert werden, um die Erziehungsfähigkeit der Eltern zu stärken. Das einkommensabhängige Landeserziehungsgeld bleibt dennoch erhalten. Es soll im Anschluss an das Elterngeld des Bundes gezahlt werden. Es beginnt ab dem 13. beziehungsweise 15. Lebensmonat des Kindes und wird zehn Monate lang bezahlt. Darauf hat die CDU-Fraktion besonderen Wert gelegt. Fraktionschef Stefan Mappus betonte: „Wir hatten vor allem die Unterstützung von sozial schwachen Familien im Blick.“



Nach wie vor werden Familien für das erste und zweite Kind monatlich 205 Euro erhalten. Für das dritte und jedes weitere Kind soll es in Zukunft nur noch 240 statt bisher 307 Euro geben. Vom Jahr 2010 an sollen die Einkommensgrenzen um 100 Euro angehoben werden, für Paare gilt dann die Einkommensgrenze von 1480 Euro, für Alleinerziehende liegt die Grenze bei 1225 Euro. Mappus sagte: „Mit dem Gesamtpaket haben wir eine rundum gelungene Konzeption auf den Weg gebracht“. Bis zum Jahr 2014 stellt das Land für das einkommensabhängige Landeserziehungsgeld insgesamt 496 Millionen Euro bereit.

In den Jahren 2008 und 2009 werden wegen der Überschneidung der beiden Programme weitere 52 Millionen Euro für die Familien ausgegeben. Die CDU habe sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass diese Summe zusätzlich bereitgestellt werde, betonte

Mappus. Das ist auch ganz im Sinne der FDP. Ihr Fraktionsvorsitzender Ulrich Noll hatte erklärt, das Geld dürfe nicht anderen Ministerien abgeknappt werden. Seine Fraktion hat sich gestern einstimmig für das Modell ausgesprochen. „Das wichtigste Signal ist, dass wir eine deutliche Umschichtung zugunsten von mehr Betreuung erreichen“, betonte Noll. Damit sei mehr für die Kinderbetreuung erreicht, als im Koalitionsvertrag vorgesehen gewesen sei.

Für die Grünen ist das Modell die Fortsetzung des falschen Kurses in der Familienpolitik. Brigitte Lösch, die familienpolitische Sprecherin der Grünen, hätte „ein mutiges Umschichten zu Gunsten der Kleinkindbetreuung erwartet“. Jetzt werde mit dem alten Landeserziehungsgeld ein Instrument weitergeführt, das nicht mehr zeitgemäß sei. Das Landeserziehungsgeld passe nicht zur Systematik des Elterngeldes, das der Bund entwickelt hat. Auch für Familien mit geringerem Einkommen könne das Landeserziehungsgeld „niemals einen Einkommensersatz darstellen“, sagte Lösch.

Von Renate Allgöwer

Stuttgarter Zeitung vom 27. März 2007

Umstrittenes Erziehungsgeld

Das Erziehungsgeld war immer ein strittiges Thema, seit es 1986 auf Drängen des damaligen CDU-Fraktionschefs Erwin Teufel in Baden-Württemberg eingeführt wurde. Es schloss an das zwei Jahre lang gewährte Bundeserziehungsgeld an und wurde im dritten Lebensjahr des Kindes gezahlt: maximal 205 Euro fürs erste und zweite, 307 Euro ab dem dritten Kind. Paare durften maximal 1380 Euro verdienen, Alleinerziehende 1125 Euro. Als der Bund das Bundeserziehungsgeld am Jahresbeginn durch sein Elterngeld ablöste, zog das Land nach.

Die CDU-Fraktion wollte zunächst 230 Euro je Kind und eine um 110 Euro erhöhte Einkommensgrenze. Die Staatskanzlei arbeitete eine Alternative aus. Danach sollte die monatliche Leistung fürs erste und zweite Kind 200 Euro betragen, erst ab dem dritten Kind 230 Euro. Jetzt sind es 240 Euro geworden. Statt zwölf soll die Förderung nur zehn Monate lang gezahlt werden. Verschlang das alte Landeserziehungsgeld im Jahr 2005 rund 80 Millionen Euro, sollen die renovierten Regeln für die Familienhilfe 72 Millionen Euro jährlich kosten.

Pressemeldungen

Mehr Geld und Kompetenz für Eltern Neues zum Erziehungsgeld

STUTTGART (Isw). Mehr Eltern sollen vom neuen Landeserziehungsgeld profitieren. Die um hundert Euro höheren Einkommensgrenzen sollen rückwirkend für Kinder gelten, die nach dem 1. Januar 2007 geboren wurden. CDU und FDP beraten heute das Konzept.

Mit den neuen Einkommensgrenzen bekommen künftig bereits Paare, die monatlich weniger als 1480 Euro netto verdienen, die Landesleistung nach dem Elterngeld des Bundes. Für Alleinerziehende liegt die neue Obergrenze bei 1225 Euro. "Wir wollen die Berufstätigen mit geringem Einkommen erreichen, wie zum Beispiel etwa die Verkäuferin im Supermarkt", sagte der stellvertretende Vorsitzende des Sozialausschusses des Landtags, Andreas Hoffmann (CDU). Mit jedem Kind wird die Einkommensgrenze um 230 Euro heraufgesetzt.

FDP-Fraktionschef Ulrich Noll sagte, seine Fraktion stehe hinter den Plänen. Bis jetzt profitierte jede dritte Familie im Land von dem Erziehungsgeld, das bisher im dritten Lebensjahr des Kindes im Anschluss an das zum Ende vergangenen Jahres ausgelaufene Bundeserziehungsgeld gezahlt wurde. Die Landeserziehungsoffensive (Leo) hat neben dem Erziehungsgeld, für das das Land nach Auskunft der CDU-Abgeordneten Andrea Krueger rund 60 Millionen Euro pro Jahr ausgibt, zwei weitere Säulen: den Ausbau der Kleinkindbetreuung für jährlich acht Millionen Euro und die Stärkung der Erziehungskraft (vier Millionen Euro), wobei an Gutscheine für Elternkurse gedacht ist. Das Landeserziehungsgeld in alter Form wird sich 2008/09 mit "Leo" überschneiden und dann laut Krueger zu Kosten von 113 Millionen (2008) und 98 Millionen Euro (2009) führen.

Während die monatliche Zuwendung von 205 Euro pro Monat für das erste und zweite Kind dem bisherigen Satz entspricht, wird die Leistung für das dritte und alle weiteren Kinder von 307 auf 240 Euro im Monat abgesenkt. Das von einer CDU-Arbeitsgruppe unter Kruegers Leitung erarbeitete Konzept ist mit den Liberalen und mit den Arbeitskreisen Finanzen und Soziales abgestimmt. Das neue Landeserziehungsgeld soll zehn Monate lang gezahlt werden - im Anschluss an das Elterngeld des Bundes, das Eltern maximal 14 Monate in Anspruch nehmen können.

Kindergeld nur noch bis 18 Jahre ?

(Freiburg) Der jüngste Vorschlag des CDU-Politikers Ole Schröder zum Kindergeld bis 18 Jahre erfüllt die Feststellung: „Die Verfallszeit familienpolitischer Konzeptionen ist kürzer als die Dauer einer Schwangerschaft“. Solche kurzatmigen „Vorschläge“ dienen wohl eher als „Versuchsballon?“ fragt der Landesvorsitzende des Deutschen Familienverbandes Baden- Württemberg, Uto R. Bonde.

Seit Jahren fordert der DFV eine Erhöhung des Kindergeldes. Das darf aber nicht zu Lasten der Eltern mit älteren, erwachsenen Kindern geschehen. Denn die Unterhaltspflicht der Eltern endet nicht schlagartig mit dem 18. Lebensjahr der Kinder. Eltern sind gesetzlich zum Unterhalt für ihre Kinder bis zum Ende der Erstausbildung verpflichtet – nicht nur bis zur Volljährigkeit. Eine gute Ausbildung wird immer wichtiger, und trotz Bafög stehen dafür finanziell noch immer vor allem die Eltern ein. Bereits die Absenkung des Höchstalters für den Kindergeldbezug auf 25 Jahren war für uns nicht akzeptabel, zumal dadurch eine weitere soziale Ungerechtigkeit entstand zwischen Familien, die dringend auf den Förderanteil des Kindergeldes angewiesen sind, und Eltern, die unabhängig von der Kindergeldzahlung den Unterhalt für ihre Kinder auch über das 25. Lebensjahr hinaus steuerlich absetzen können.

Der Deutsche Familienverband steht zur Unterhaltspflicht der Eltern für ihre Kinder, denn Familie ist eine lebenslange Verantwortungsgemeinschaft. Diese Verpflichtung muss sich auch bei Kindergeld und Kinderfreibetrag wiederfinden. Wer das Kindergeld für Volljährige abschaffen will, muss konsequenterweise auch die Unterhaltspflicht der Eltern für ihre volljährigen Kinder abschaffen. Das allerdings wird die Politik schon aus Angst vor den Kosten, die dann auf den Staat zukommen, ganz bestimmt nicht machen.

Eine erhöhte finanzielle Unterstützung für Familien mit kleineren Kindern wäre im Sinne der Forderungen des DFV nach einer echten Wahlfreiheit für Eltern, wie sie ihr Leben zwischen Familie und Beruf führen wollen.



Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

Rumoren an der Bildungsfront

Eltern und Lehrer widersprechen dem „Bildungs“ministerium

Seit Monaten schwelt ein Konflikt um grundlegende Bildungsfragen im Ländle.

Die Eltern von Schulkindern im badischen Landesteil entlang der Rheinregion erregt ein Erlass des Kultusministeriums über die Sprachregelung am Gymnasium; verordnet wurde, dass dort alle Schülerinnen und Schüler französisch als erste Fremdsprache lernen sollen und erst danach die Weltsprache englisch. Die früher mögliche Wahlfreiheit der Eltern/Schüler sich für die eine oder andere erste Fremdsprache zu entscheiden, wurde mit dem MKS-Erlass aufgelöst.

Viele Eltern sind über die politische Entscheidung aus dem Stuttgarter Schloss (Kultusministerium) verärgert, weil sie sich in ihren Eltern- und Erziehungsrechten massiv eingeschränkt fühlen. Sie kritisieren sowohl die Festlegung der Sprachfolge, wie auch die mangelhafte Kommunikation zwischen beteiligten Instanzen.

Vor wenigen Tagen haben rund 100 Schulleiter aus dem Landkreis Ravensburg und dem Bodenseekreis an Kultusminister Helmut Rau in einem offenen Brief gefordert, das dreigliedrige Schulsystem aufzugeben. Bei Schülern, Eltern und Betrieben hat dieser Schulzweig den Ruf einer "Restschule", die man möglichst umgehen sollte. Viele Hauptschüler gerieten so ins gesellschaftliche "Abseits" mit meist geringen Berufschancen. Dabei gehe es nicht um eine reine Abschaffung der Hauptschule. Schüler müssten länger gemeinsam lernen als bisher und dabei noch besser individuell gefördert werden. Vorbild dafür könnte Finnland sein, wo Schüler erst nach der neunten Klasse entsprechend ihrer Begabungen aufgeteilt werden.

Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass Schüler mit unterschiedlichen Fähigkeiten voneinander lernen können.

Rau hält an der Trennung von Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien fest und will den Unterricht vor allem in den Hauptschulen verbessern.

Die Resonanz auf beide Aktionen zeigt große Unterstützung für die Diskussion um eine zukunftsorientierte Bildung. Eltern, Lehrer und viele Wissenschaftler haben sich bereits zustimmend geäußert. Hier gilt die Forderung „Kinder nicht mehr nach der vierten Klasse in verschiedene Schularten aufzuteilen“. Im Vergleich der OECD-Staaten "sortieren" nur Deutschland und Österreich die Kinder im Alter von

zehn Jahren; mehrheitlich – in 19 Staaten – findet die erste Selektion erst statt, wenn die Jugendlichen bereits zwischen 14 und 16 Jahre alt sind. Die pädagogischen Impulse für eine Weiterentwicklung unserer Schulen, die von Eltern und verantwortlichen Pädagogen getragen wird, richten sich auf eine Debatte um alle Schularten im Lande- dies scheint so noch nicht beim Kultusministerium „ankommen“ zu sein.

Zigarettenautomat mit elektronischem Jugendschutz:

Run auf die "Raucher-Karte"

Die Ausweispflicht an Zigarettenautomaten hat einen Run auf die bislang unbeliebte Geldkarte der Banken ausgelöst. Die Kreditinstitute jubeln, die Automatenbranche beklagt dagegen hohe Umsatzeinbußen. Der Jugendschutz war das Motiv, um die Automaten umzurüsten. Jugendliche unter 16 Jahren sollten nicht mehr so einfach an die Glimmstängel kommen.

Die Hoffnung: Wenn man den ganz Jungen die Versorgung erschwert, steigen die Chancen, dass sie gar nicht erst zu rauchen anfangen. So soll auch demnächst das erlaubte Alter für das Rauchen in der Öffentlichkeit auf 18 Jahre steigen.

Die Automatenaufsteller mussten nicht nur ihre Verkaufsmaschinen mit der neuen Technik zum Auslesen der Chips ausstatten sondern auch deutliche Umsatzeinbußen hinnehmen. Der Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller (BDTA) meldet einen Verkaufsschwund von rund 25 Prozent bei den Außenautomaten. Allerdings nähern sich die Zahlen laut BDTA langsam wieder den Vorjahreswerten an.

Außerdem büßten Innenautomaten lediglich 10 Prozent an Umsatz ein. Grund dafür ist, dass viele Lokale und Gaststätten eigene Karten haben, mit denen die Gäste die Automaten bedienen können, auch wenn sie selbst keine Geldkarte besitzen.

Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

Ratgeber: Alkohol – reden wir drüber!

Die aktuelle Diskussion über den Alkoholkonsum Jugendlicher konzentriert sich auf das extreme Rauschtrinken junger Menschen und führt schnell zur Forderung neuer Verbote und Gesetze. Neben der konsequenten Umsetzung und Kontrolle der bestehenden Gesetze und Schutzvorschriften sieht die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) einen wesentlichen Ansatz in der Prävention und der Aufklärung, was den verantwortungsvollen Umgang junger Menschen mit Alkohol betrifft. Dabei spielen Eltern in ihrer Vorbildfunktion eine ganz entscheidende Rolle. Die betrifft sowohl den eigenen Alkoholkonsum als auch die Erziehungsaufgabe, mit ihren Kindern über die Wirkung von Alkohol auf den jugendlichen Körper und über die gesundheitlichen Gefahren zu sprechen, die durch unkritischen und exzessiven Alkoholkonsum auftreten können.

Um Eltern in dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen hat die BZgA einen Ratgeber entwickelt, der Müttern und Vätern Wege für das Gespräch mit ihren Kindern aufzeigt. Die neue Broschüre mit dem Titel „Alkohol – reden wir drüber! Ein Ratgeber für Eltern“ kann kostenlos unter folgender Adresse bestellt werden: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 51101 Köln, Fax: 0221-8992257

Rauchen bei Jugendlichen ist out

Als erfreulicher Trend wurde ermittelt, dass die Zahl der rauchenden Jugendlichen sich langsam reduziert. Eine repräsentative Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat dies aktuell ermittelt. Die Zahl der Raucher unter den 12- bis 17-Jährigen ist auf 18 Prozent gesunken, im Jahr 2001 waren es noch 28 Prozent. Seit 1979 ist dies die niedrigste Quote, die in der regelmäßig gemachten Umfrage erzielt wurde.

Auch die Zahl der Jugendlichen, die nach eigener Auskunft noch nie geraucht haben, steigt allmählich an: 2001 bezeichneten sich nur 41 Prozent der 12- bis 17-Jährigen als "Nie-Raucher", jetzt sind es 57 Prozent.

Bei mehr als der Hälfte der Paare mit Kindern arbeiten beide Partner

Wie das Statistische Bundesamt zum Internationalen Tag der Familie am 15. Mai 2007 mitteilte, arbeiteten im Jahr 2005 bei mehr als der Hälfte der Paaren mit Kindern in Deutschland beide Partner. Bei 51 Prozent der Ehepaare mit Kindern übten Mutter und Vater eine Erwerbstätigkeit aus; bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften waren es 54 Prozent. Das zeigen die aktuellen Ergebnisse des Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa. Betrachtet wurden 5,5 Millionen Ehepaare und 605.000 nichteheliche Lebensgemeinschaften, bei denen beide Partner im erwerbsfähigen Alter sind und mindestens ein Kind unter 15 Jahren lebt. Zu den Kindern zählen dabei – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder.

Die Ergebnisse des Mikrozensus zeigen weiter, dass bei 37 Prozent der Ehepaare ausschließlich der Vater erwerbstätig war. Bei 7 Prozent der Ehepaare übte keiner der Partner eine Erwerbstätigkeit aus (einschließlich der vorübergehend Beurlaubten) und bei 5 Prozent war ausschließlich die Mutter erwerbstätig. Deutlich niedriger als bei Ehepaaren lag bei Lebensgemeinschaften mit 26 Prozent der Anteil der Paare, bei denen ausschließlich der Vater erwerbstätig war. Gleichzeitig war der Anteil der Paare, bei denen keiner der Partner eine Erwerbstätigkeit ausübte, bei Lebensgemeinschaften mit 13 Prozent nahezu doppelt so hoch wie bei Ehepaaren. Bei 7 Prozent der Lebensgemeinschaften ging ausschließlich die Mutter einer Erwerbstätigkeit nach.

Der Zeitumfang der Erwerbsbeteiligung, wenn beide Partner erwerbstätig sind, unterscheidet sich allerdings deutlich, sowohl bei Ehepaaren als auch bei Lebensgemeinschaften mit Kindern. Bei 73 Prozent der betrachteten Ehepaare stufte sich der Vater bei der Befragung als vollzeit- und die Mutter als teilzeiterwerbstätig ein. Auch bei Paaren, die in Lebensgemeinschaft lebten, gingen die Eltern mit 53 Prozent dieser Arbeitszeitkombination nach. Bei 23 Prozent der Ehepaare übten beide Elternteile einer Vollzeittätigkeit aus, bei den Lebensgemeinschaften betrug dieser Anteil mit 41 Prozent fast das Doppelte.

Andere mögliche Arbeitszeitaufteilungen spielten im Jahr 2005 eine eher untergeordnete Rolle.

Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 14.5.2007



Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

ONLINEBANKING: KUNDE HAFET BEI ÜBERWEISUNG FÜR TIPPFELER

HAMBURG Onlinebanking ist bequem, einfach und obendrein günstig. Wer Bankgeschäfte am Computer tätigt, sollte aber sorgsam sein. Ein Tippfehler kann teuer werden. Landet dadurch Geld auf einem anderen Konto, braucht der Kunde Zeit und Nerven, bis er es zurückerhält.

Stefanie H. überwies in kurzen Abständen einem Geschäftskunden in zwei Online-Überweisungen 3000 Euro. Zu spät bemerkte sie, dass sie bei der Eingabe der Kontonummer eine Ziffer vergessen hatte. Das Geld wurde aber nicht automatisch zurückgebucht, weil die falsch eingegebene Kontonummer existierte. Zwar erhielt H. inzwischen einen der beiden Beträge zurück, nachdem sie ihre Bank und die des Empfängers einschaltete. Auf die zuerst gezahlte Summe wartet sie seit fünf Wochen vergeblich.

"Ich verstehe nicht, dass die Überweisung nicht gleich gestoppt wurde. Schließlich passt der Empfängername nicht mit der falschen Kontonummer zusammen", ärgert sich H. Es sei doch selbstverständlich, dass die Banken dies prüfen.

Doch was viele Kunden nicht wissen: Bei Bankgeschäften am PC haftet der Kunde für Tippfehler und Zahlendreher. Geht das Geld an den falschen Empfänger, ist das Institut – im Fall von H. die HypoVereinsbank – laut einem Urteil des Landgerichts Berlin von der Verantwortung befreit (Az.: 57 S 116/00). Auch der Empfänger, bei H. die Postbank, muss nicht haften. Denn die Banken sind nicht verpflichtet, die Richtigkeit der Daten zu überprüfen. "Der Kunde hat nach derzeitiger Rechtslage keinen Anspruch gegen die beiden Institute, nur gegenüber dem unberechtigt Bereicherten", erklärt Kerstin Liesem vom Bundesverband deutscher Banken. Anders sei die Lage bei Zahlungen mit herkömmlichen Überweisungsträgern. Dort führe die Empfängerbank einen Kontonummernabgleich durch. Liesem: "Fällt der Tippfehler dabei nicht auf, haften Bank und Kunde gleichermaßen." Dass diese Rechtslage für Onlinebanking-Kunden unbefriedigend ist, räumt die Verbraucherzentrale Hamburg ein. Dem Verbraucher bleibe jedoch nichts anderes übrig, als bei der Überweisung und direkt danach alle Daten sorgfältig zu überprüfen. In der Regel können die Institute einen Auftrag noch mehrere Stunden später stornieren. Bei der HypoVereinsbank etwa sei dies bis 17.00 Uhr desselben Tages möglich, teilt sie mit.

Ist das Geld doch auf einem falschen Konto gelandet, sollte sofort die Empfängerbank kontaktiert werden. "Wir bitten dann den Kontoinhaber, den Betrag zurückzuüberweisen", sagt ein Postbank-Sprecher. "Abbuchten dürfen wir ihm das Geld nicht." Überweist der fälschlich Begünstigte nicht, muss die Bank dessen Namen und Adresse herausgeben. Dann hilft dem Geschädigten oft nur noch die Einschaltung eines Anwalts wegen ungerechtfertigter Bereicherung.

Quelle: Verbraucherzentrale vom 16. Mai 07

Land: Kredite werden 2008 überflüssig

Volle Kassen, glückliche Regierung: Baden-Württemberg will überraschend bereits von 2008 an und damit drei Jahre früher als bisher geplant ohne neue Schulden auskommen.

Nach Informationen aus Koalitionskreisen beschloss das CDU/FDP-Kabinett in Stuttgart, das Ziel der Nullverschuldung deutlich vorzuziehen.

Grund sind die stark sprudelnden Steuereinnahmen. Der Vorschlag für eine schnellere Senkung der Kreditaufnahme kam von Ministerpräsident Günther Oettinger und Finanzminister Gerhard Stratthaus (beide CDU).

Oettinger: Auf Baden-Württemberg lastet aber auch noch ein Alt-Schuldenberg von rund 41 Milliarden Euro. Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern hatten die Netto-Nullverschuldung bereits im vergangenen Jahr erreicht.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat angekündigt, Bund, Länder und Gemeinden könnten bis 2011 mit insgesamt 200 Milliarden Euro zusätzlichen Steuereinnahmen rechnen. Quelle: (dpa)

Nachrichten und Termine im DFV Ba-Wü

OV FREIAMT

Vom 13.-16. Juli richten wir mit 12 weiteren Vereinen das 5. „Freiämter Laubenfest“ aus. Wir brauchen dazu die tatkräftige Unterstützung vieler HelferInnen.

Peter Köstel

KV BREISGAU

GEMINI-Treffen von Mehrlingseltern

Jeden 1. Donnerstag im Monat, 20 - 22 Uhr,
79098 Freiburg, Geschäftsstelle der AGF/DFV,
Rempartstr. 4

Familientreff "Leben mit Kindern"

Jeden 3. Donnerstag im Monat, 16 - 17.30 Uhr,
79206 Breisach-Hochstetten, Verenenkapelle

Mitgliederversammlung

Montag, 25. Juni 2007, 20 Uhr,
Geschäftsstelle AGF, Schloßbergring 8A
TOPs: Berichte, Neuwahl des Vorstandes, Wahl der
Delegierten zum Landesverbandstag 2008

KV ESSLINGEN

Fahrradtour nach Tübingen

Am 17. Juni 07 veranstaltet der Kreisverband Esslingen des DFV für Familien eine Fahrradtour von Nürtingen nach Tübingen. Unterwegs gibt es einen Crash-Kurs in Fahrradtechnik (Pannenhilfe und sonstige gute Tipps eines Experten). In Tübingen ist eine Stadtführung vorgesehen. Die Rückfahrt nach Nürtingen ist per Rad oder per Bahn möglich. Am Baggersee in Kirchentellinsfurt gibt es Bademöglichkeiten. Bei schlechtem Wetter ist der 1. Juli als Ausweichtermin vorgesehen.

13. Nostalgische Messe im Stühlinger

Eröffnung am Donnerstag, 14. Juni, 18.30 Uhr
auf dem Stühlinger Kirchplatz.

Die Eröffnung wird durch den Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach begleitet.

Mehr infos bei: Bürgerverein Stühlinger, Tel:
0761 23979, Internet: www.bv-stuehlinger.de



**Volksbank
Freiburg**

Schwarzwald Breisgau Kaiserstuhl

Jubiläumsgeschenk der Volksbank Freiburg an ihre Mitglieder

Anlässlich des 140. Geburtstag der Volksbank Freiburg macht das regionale Finanzinstitut ein interessantes Angebot: Wer im Jubiläumsjahr als Mitglied ein neues Sparkonto anlegt und darauf mindestens 3.000 Euro und maximal 100.000 Euro ein Jahr fest einzahlt, der bekommt einen Jubiläumsszins von 4,25 Prozent.

Dieses Angebot richtet sich auch an jedes Neu-Mitglied. Das heißt, jeder, der im Jubiläumsjahr einen Genossenschaftsanteil erwirbt, kann ebenfalls von diesem „Jubiläums-Geschenk“ Gebrauch machen.

Die Volksbank Freiburg möchte sich mit diesem Jubiläums-Angebot bei ihren Mitgliedern für das bisher entgegengebrachte Vertrauen bedanken. Als willkommener Nebeneffekt soll diese interessante Kapital-Anlage aber auch den Kreis der Mitglieder erweitern.

Ansprechpartner:

Hans-E. Homlicher, Tel.: (0761) 2182-1690,

Email: homlicher@volksbank-freiburg.de

Impressum

Die FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen dreimal im Jahr und sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber: Deutscher Familienverband
Landesverband Baden-Württemberg e.V.,
St. Georgener Str. 10, 79111 Freiburg,
Tel. 0761/470 27 95, Fax 151 78 30,
familienverband@dfv-baden-wuerttemberg.de

Redaktion: Uto R. Bonde

Bankverbindung: Volksbank Freiburg, BLZ 680
900 00, Kto 15 967 609. Der DFV ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Produktion: Die MarketingMacher, Freiburg (Satz & Layout), Franz Weis GmbH, Freiburg (Druck).

Die nächsten FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen am 15. Oktober 2007.

Redaktionsschluss ist am 05. Oktober 2007.

Kreis- und Ortsverbände des Deutschen Familienverbandes Baden-Württemberg e.V.

KV Böblingen e.V.

Vorsitzender: Gunter Reimann
71277 Rutesheim, Hegelstr. 22
Tel. 07152 - 5 37 39
Gunter.Reimann@t-online.de

KV Breisgau e.V.

Vorsitzender Martin Sarcoli
79111 Freiburg, Heckerstr. 29
Tel. 0761 - 888 97 07 (AB)
info@dfv-breisgau.de

KV Emmendingen e.V.

Vorsitzender: Peter Köstel
79348 Freiamt, Lärchenweg 7/1
Tel. 07645 - 18 18, Fax 07645 - 91 63 54
kreisverband@dfv-kreis-emmendingen.de

KV Esslingen e.V.

Vorsitzender: Vera Morlok-Gommel
73274 Notzingen, Neuffenstr. 14
Tel. 07021 - 4 75 25
mo-gommel@t-online.de

OV Freiamt e.V.

Vorsitzende: Heidi Reinbold
79348 Freiamt, Unterer Schutzhof 7
Tel. 07645 - 14 44, Fax 07645 - 14 45
freiamt@dfv-kreis-emmendingen.de

OV Herbolzheim e.V.

Vorsitzender: Thomas Ruddies
79367 Weisweil, Friedhofstr. 23
Tel. 07646 - 31 30 71
herbolzheim@dfv-kreis-emmendingen.de

KV Konstanz e.V.

Vorsitzender: Herbert Bruttel
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 18
Tel. 07732 - 70 31, Fax 07732 - 1 31 81
Herbert.Bruttel@t-online.de

OV Konstanz e.V.

Vorsitzende: Sabine Geistler
78462 Konstanz, Inselgasse 9
Tel. 07531 - 18 94 76, Fax 07531 - 18 94 76
Sabine.Geistler@D-Angelo.de

OV Radolfzell e.V.

Vorsitzender: Herbert Bruttel
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 18
Tel. 07732 - 70 31, Fax 07732 - 1 31 81
Herbert.Bruttel@t-online.de

RV Rhein-Neckar-Odenwald e.V.

Vorsitzende: Silke Wanitschke
74939 Zuzenhausen, Leiergasse 6
Tel. 06226 - 99 17 26
Mue_ke@t-online.de

Friedrichshafen

Kontaktadresse: Regina Berner-Kerst
88677 Markdorf, Bergheimerstr. 28
Tel. 07544 - 74 34 30, Fax 07544 - 74 34 80

Raum Stuttgart - Neckar

Kontaktperson: Martha Kaiser
73235 Weilheim a.d. Teck,
Karl-Scheufelen-Str. 19
Tel. 07023 - 7 12 20
gkaiser@ngi.de

DFV Landesverband e.V.

Vorsitzender: Uto R. Bonde
79111 Freiburg, St. Georgener Str. 10
Tel. 0761 - 470 27 95, Fax 0761 - 151 78 30
familienverband@dfv-baden-
wuerttemberg.de
www.dfv-baden-wuerttemberg.de

DFV Bundesverband e.V.

10117 Berlin, Luisenstr. 48
Tel. 030/30 88 29 60, Fax 030/30 88 29 61
zentrale@deutscher-familienverband.de
www.deutscher-familienverband.de

Gemeinsam mehr erreichen ... Werden Sie Mitglied im Deutschen Familienverband

- ◆ Der Anwalt von Familien in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
- ◆ Der mitgliederstärkste Familienverband in Deutschland
- ◆ Der Ansprechpartner und Dienstleister für Familien

Per Post oder Fax an die DFV-Landesgeschäftsstelle in Freiburg

Aufnahmeantrag			
<input type="checkbox"/> Wir werden Mitglied im Deutschen Familienverband e.V. (DFV)			
			
Vorname	Name	Geb.-Datum	Beruf
Vorname Partner/in	Name	Geb.-Datum	Beruf
Kinder (Geburtsjahr)			
Straße	Plz	Ort	
Telefon	Fax	Email	
Der jährliche Familienmitgliedsbetrag von _____ Euro (z.Zt. mind. 48,- Euro) beinhaltet die kostenfreie Zusendung der Mitgliederzeitschriften (FAMILIENNACHRICHTEN und DFV-Familie) und wird zum Jahresanfang per Lastschrift eingezogen. Hierfür erteile ich folgende Lastschrifteinzugsermächtigung:			
Kontoinhaber	Kontonummer	Geldinstitut	BLZ
Datum	Unterschrift		